

Minus und Minus

B. Ullrich

In der Mathematik ergibt *Minus mal Minus* bekanntlich Plus. Leider gilt dies nicht für *Minus plus Minus*, denn dann könnten wir einer CDU-SPD-Kollision gelassener entgegensehen.

Inzwischen steht im Koalitionsvertrag, mit welchen Minus-Einfällen wir in den nächsten Jahren bei schlechter Laune gehalten werden sollen. Große *Überraschungen* sind bei oberflächlicher Betrachtung nicht dabei. Noch mehr Internationalismus, EU-Diktat, Fremdentümelei, digitale Propaganda schon für die Kleinsten („Nicht nur in Schulen und Kitas möchten wir die IT-Fertigkeiten und den Umgang mit den Medien vermitteln.“), Ausbau der kabellosen Datennetze bis zur Eliminierung auch des letzten Funklochs, ohne Rücksicht auf Gesundheitsgefahren, Erhöhung ausländischer Studentenzahl auf 1 Drittel aller Studierenden, dafür Entsendung unserer Jugend ins Ausland, Steigerung des Migrantenanteils woimmer es geht, und natürlich ein superwichtiges Anliegen aller Volldemokraten auf Seite 105:

„Wir werden darauf hinwirken, daß bestehende Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Menschen auf Grund ihrer sexuellen Identität in allen gesellschaftlichen Bereichen beendet werden. Rechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechter stellen, werden wir beseitigen. Bei Adoptionen werden wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption zügig umsetzen.

Die Arbeit der „Bundesstiftung Magnus Hirschfeld¹“ werden wir weiter fördern. Wir verurteilen Homophobie und Transphobie und werden entschieden dagegen vorgehen. Wir werden den „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ um das Thema Homo- und Transphobie erweitern.“

(Anm.: Hier wird dem normalen Empfinden der Kampf angesagt!!)

Die Ziererei um die schon lange geplante Einführung eines PKW-Wegezolls in Kombination mit der Aufzeichnung der gefahrenen Strecken (Überwachung!) war ja auch peinlich genug. Zum Glück weiß der aufgeklärte BRD-Wahlgänger, daß man Politiker nicht nach der Wahl an ihre Aussagen von vor der Wahl erinnern darf. Deshalb wird es die alte und neue Kanzlerin der BRD wohl kaum jucken, wenn wir sie mit früheren Aussagen konfrontieren. Zum Beispiel mit Zitaten aus der Netzseite merkur-online.de vom 18.04.2011. Diese titelte damals groß und fett:

¹ (Anm.: Hirschfeld war ein schwuler jüdischer Arzt, der schon Ende des 19. Jahrhunderts für die Entkriminalisierung homosexueller Handlungen eintrat und 1919 mit Gleichgesinnten in Berlin ein Institut für Sexualforschung eröffnete. 1931 zog er es vor, in die USA zu ziehen. Diese Stiftung fördert lauter Projekte, die für den Normalbürger so interessant sind wie Eiskunstlauf für Trampeltiere)

„Merkel: "Es wird keine Maut geben"“

Bundeskanzlerin Merkel habe ein Machtwort gesprochen:

„Der Einführung einer Maut für Personenwagen hat Angela Merkel (CDU) eine klare Absage erteilt.“

Allerdings hatte Horst Seehofer die PKW-Maut 2 Wochen zuvor, Anfang April 2011, ins Gespräch gebracht und dieses bis jetzt – 2013 - durchgehalten, allen echten und scheinbaren Gegnerschaften zum Trotz. Überhaupt scheint die PKW-Fahrer-Abzocke von Anfang an ein spezielles Anliegen aus CSU-Kreisen zu sein.

Der andere Minus-Partner durfte natürlich auch seine Meinung ändern. Diesen zitierte merkur-online nämlich im April 2011 ebenfalls, und zwar so:

„Ablehnung herrscht vor

Die SPD lehnt nach den Worten ihrer Generalsekretärin Andrea Nahles eine Pkw-Maut als unsozial ab. Ramsauer solle schnellstens Klarheit schaffen, damit die Autofahrer nicht länger verunsichert würden.“

SPD-Frau Nahles ist noch da, ihre Ablehnung jedoch „relativiert“ worden. Sie wird in der WELT vom 23.11.13 wie folgt zitiert:

"Die CSU hat bislang kein Konzept präsentieren können, das die deutschen Autofahrer nicht zusätzlich belastet", sagte Nahles der "Bild am Sonntag". "Das ist aber unsere absolute Bedingung. Insofern wird es schwierig."

Im Koalitionsvertrag liest sich das nun so:

„Zur zusätzlichen Finanzierung des Erhalts und des Ausbaus unseres Autobahnnetzes werden wir einen angemessenen Beitrag der Halter von nicht in Deutschland zugelassenen PKW erheben (Vignette) mit der Maßgabe, daß kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet wird als heute. Die Ausgestaltung wird EU-rechtskonform erfolgen. Ein entsprechendes Gesetz soll im Verlauf des Jahres 2014 verabschiedet werden.“

Der Focus kommentiert die Mautfrage am 26.11.13 wie folgt:

„Dafür müssen laut ZDF drei Bedingungen erfüllt werden: keine Mehrbelastung für deutsche Autofahrer, Vereinbarkeit mit EU-Recht und mehr Geld für den Ausbau der Infrastruktur. ... Bei der Einigung könnte es sich allerdings auch um eine Aussage ohne Wert handeln: Laut ZDF halten SPD-Kreise die drei Bedingungen für die Einführung nämlich für so unrealistisch, daß die Maut de facto unmöglich werde.“

Auch die FAZ macht sich so ihre Gedanken zu Seehofers verkehrspolitischer Mißgeburt. Sie schreibt am 11.11.13:

„Eine Pkw-Maut hätte Charme, wenn sie als entfernungsabhängige Gebühr daher käme, wie die EU-Kommission es mittelfristig plant (*Hört! Hört!*). In Deutschland müßte dazu aber das gesamte System von der Steuer- in eine Nutzerfinanzierung umgebaut werden. Und die berechtigte Sorge vor

Datenschutzverletzungen müsste beruhigt werden. Aber das ist ferne Zukunftsmusik. Im Koalitionsvertrag wird die Pkw-Maut wohl zur Gesichtswahrung ihrer Freunde allenfalls als eine Art Prüfauftrag vorkommen.“

Mit großer Wahrscheinlichkeit ist die „Vignette für ausländische Fahrzeughalter“ nur der Türöffner für das von der EU-Kommission geplante flächendeckende Abkassieren und Kontrollieren. Der Eiertanz um das *Goldene Kalb Autofahrer* geht also im nächsten Jahr in die nächste Runde. Dann können die Automobilvereine ihren Spruch „Freie Fahrt für freie Bürger“ endgültig einmotten.